

Die Zahlen sind höher

Zu: „Frankfurt meldet Höchstwert an Infektionen“, FR-Regional vom 9.11.

Wir verstehen die momentane Gesundheitspolitik nicht. Wir sind in unserer hausärztlichen Praxis seit März bis zur Belastungsgrenze gefordert. Unsere medizinischen Fachangestellten und Hausärzte haben die meisten Kontakte im Gesundheitswesen mit Corona-Infizierten in unseren Praxen und Pflegeheimen und riskieren ihre eigene Gesundheit. In Italien und England sind viele Kollegen gestorben. Wir haben keinerlei Information oder Hilfe vom Gesundheitsamt und werden zusätzlich von der Kassenärztlichen Vereinigung mit Bürokratie überhäuft. Jeder vierte Patient ist bei uns aktuell positiv in den Coronatests, und die Wartezeiten der Tests haben sich bis letzten Dienstag auf bis zu sieben Tage verlängert.

Darum hat das Robert Koch Institut ab letzten Mittwoch die Kriterien für die Testungen geändert. Wir testen seit letzter Woche keine leichten Coronainfektionen mehr. Darum sind Anfang dieser Woche die Neuinfektionszahlen gefallen, weil wir weniger testen wegen der angespannten Situation der Labore. Dies ist aber kein Effekt des Teil-Lockdowns, dessen Effekt frühestens nächste Woche spürbar wird.

Ich kann nicht verstehen, dass dies nirgendwo kommuniziert wird. Die Neuinfektionszahlen sind deutlich höher als aktuell sichtbar und nicht mit den Zahlen der letzten Woche vergleichbar. Dr. Norbert Szep, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/wellenbrecher

Sind ja bloß Frauen

Zu: „Alle 45 Minuten Gewalt in Partnerschaften“, FR-Politik vom 11.11.

1150 ermordete Frauen pro Jahr – Täter bekannt. Aufschrei? Nein, warum auch, sind ja bloß Frauen. So zynisch muss man das inakzeptable Geschehen in den Wohnungen daheim bezeichnen. Es handelt sich um ein komplettes Politikversagen. Wenn der Innenminister Seehofer meint, dass er nicht handeln muss, dann wird es höchste Zeit, dass er geht. Nichtstun muss endlich Konsequenzen haben.

Und niemand kann sich damit rausreden, „er hätte nichts gewusst.“ Und nach den tieferen Ursachen für solch eine meist männliche Gewaltorgie muss man forschen und nach Lösungen suchen. Nur das entbindet nicht von sofortigem Handeln. Wegweisen aus der Wohnung, Annäherungsverbote sind ein erster Schritt. Wer schlägt, muss sofort gehen.

Das reicht aber anscheinend nicht. Es muss eine breite öffentliche Debatte her, die allen Beteiligten klarmacht, dass das Prügeln absolut nicht geht – und die Prügelnden Männer feige Loser sind und keine Helden der Ehe. Uwe Barkow, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden zusätzlich auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/1f-20201109.

Zu beiden Themenblöcken, die Sie hier rechts finden, wurden im FR-Blog Diskussionen eröffnet, in denen weitere Stimmen veröffentlicht wurden, für die es im Print-Forum bisher keinen Platz gab. Außerdem:
Glauben und Wissen
75 Jahre Frankfurter Rundschau
Die Nibelungentreue der SPD
Eine Übersicht finden Sie hier: frblog.de/aktuell

FR ERLEBEN

Andreas Schwarzkopf moderiert „Freund, Partner oder Gegner: Russland und der Westen“ mit Marieluise Beck (Zentrum Liberale Moderne), Manfred Sapper (Zeitschrift „Osteuropa“) und Hans-Joachim Spanger von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Die Podiumsdebatte kann verfolgt werden unter: youtube.com/hausamdom.
Montag, 23. November, 19 Uhr

Lutz „Bronski“ Büge liest aus seinem neu erschienenen Roman „McWeir – Virenkrieg V“. Anmeldung nötig. Info: dybersinn.de/2020/09/24/lesung
Donnerstag, 17. Dezember, 19 Uhr
Bibliothekszentrum Sachsenhausen, Hedderichstraße 32, Frankfurt

Wenn Gesetze nicht mehr verbindlich sind

Corona: „Umgang mit Demo in Leipzig kritisiert“, FR-Politik vom 9. November

Es steht Höheres auf dem Spiel

Auch in Sachsen gelten die am 2. November verschärften Corona-Schutzmaßnahmen. Sie wurden verschärft, weil die Infektionen drastisch angestiegen und nicht mehr kontrollierbar waren. Die Zahl der Schwererkrankten auf Intensivstationen stieg rapide an, zudem forderte die Seuche täglich weitere Todesopfer. Am Ende der Infektionskette stehen Ältere und Menschen mit bestimmten Vorerkrankungen; am Anfang aber Leichtsinige, die ohne Risiko- und Verantwortungsbewusstsein das Virus übertragen.

Da sich im ersten „Lockdown“ gezeigt hat, dass Kontakt-reduzierungen in gefährdeten Bereichen zu einer deutlichen Abnahme der Infektionen führte, blieben Bundesregierung und Länderregierungen nur dieses Mittel der Wahl. Dass vor allem Gastronomie und Kulturveranstalter einschneidend betroffen sind, liegt an ihrer wesentlichen Eigenschaft: Sie sind Sammelplätze und damit reale Infektionsherde. Dagegen helfen Hygienekonzepte nur in wenigen Fällen. Den meisten Gaststätten mangelt es an Fläche und Höhe sowie an getrennten Be- und Entlüftungsanlagen. Vielfach wurden auch die Abstandsgebote nachlässig angewandt.

Auch die Kultureinrichtungen erweisen sich nicht immer

als geeignet. In der Frankfurter Theaterdoppelanlage ist zwar Platz, um ein Viertel der üblichen Zuschauer mit Abstand unterbringen zu können. Aber Be- und Entlüftung sind seit Jahren defekt und können nicht mehr repariert werden.

Ja, diese Maßnahmen sind lästig, aber es steht Höheres auf dem Spiel als das individuelle Amüsament. Deswegen habe ich kein Verständnis für Rücksichtslosigkeit, die meine Gesundheit und mein Leben aufs Spiel setzen. Selbstverständlich darf man protestieren und demonstrieren, aber man darf ein Gesetz nicht selbst außer Kraft setzen, also die AHA-Regeln als für sich nicht verbindlich erklären.

Letzteres war durch die „Querdenker“ in Leipzig zu erwarten. Es musste auch damit gerechnet werden, dass diese Demonstration Rechtsextremisten anziehen würde. Außerdem ist nachweisbar, dass sich „Querdenker“ selbst zu einer verfassungsfeindlichen Organisation entwickelt hat, die sämtliche Merkmale des Straftatbestands der Volksverhetzung erfüllt. Nämlich Verstöße gegen die Menschenwürde und den öffentlichen Frieden sowie die Verharmlosung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, insbesondere die des Nationalsozialismus. Diese kriminellen Akte werden nicht von der grundgesetzlich garantierten Meinungsfreiheit gedeckt. Der blau-braune

Plebs scheint bevorzugt zu werden.

Den Richtern des Oberverwaltungsgerichts Bautzen hätte die Gesamtlage bewusst sein müssen, als sie diese Großdemo in der Leipziger Innenstadt genehmigten. Sie setzen sich mit ihrer Entscheidung dem Verdacht aus, das Recht gebeugt zu haben (§ 339 Strafgesetzbuch). Was ist in Sachsen noch möglich? Nahe-liegend wäre ein Marsch mit der Forderung der Euthanasie für Corona-Schwersterkrankte.

Klaus Philipp Mertens, Frankfurt

Wie man der Polizei zu Respekt verhelfen könnte

Bei der Anmeldung von Demonstrationen, bei denen mit gewalttätigen Ausschreitungen zu rechnen ist, sollte der Anmelder eine Sicherheitsleistung von 50000 Euro pro angemeldeter Teilnehmer hinterlegen. Sollten die Teilnehmer gegen die Corona-Richtlinien verstoßen, gehören die Veranstaltungen mittels Desinfektions-Wasserwerfern aufgelöst, und alle Beteiligten werden für eine zweiwöchige Quarantäne in ein Stadion oder Messehalle eingeschlossen. Nur so kann die Polizei den verlorenen Respekt in der Bevölkerung wieder herstellen. Bis jetzt hat sie sich als zahnlöser Tiger lächerlich gemacht.

Karl-Heinz Rott, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/coronakritiker

Gegen etwas oder für etwas?

Zu: „Für Verkehrswende müssen wir gemeinsam kämpfen“, FR-Region v. 7.11

Minister Tarek Al-Wazir fordert in diesem Interview in einem verallgemeinernden Rundumschlag von den Bürgerinnen und Bürgern, dass sie sich „für etwas einsetzen statt immer nur dagegen zu sein“. Da scheinen die Schuldigen schnell gefunden: alle die Bürger und Bürgerinnen, die egoistischen „NeinsagerInnen“, die ihren wohlmeinenden Wirtschaftsminister bei der Verkehrswende alleine im Regen stehen lassen.

Es liegt auf der Hand, dass dieser Bezug grundsätzlich unrichtig ist. Die Bürger und Bürgerinnen, die sich allerorten in Hessen gegen neue Autobahnbauten (A49, A66, A661, A5, A3) stemmen, sind in ihrer überwiegenden Mehrheit für eine Verkehrswende. Die Bürger und Bürgerinnen, die seit 40 Jahren gegen die permanente Vergrößerung des Frankfurter Flughafens protestieren, sind mehrheitlich für eine Verringerung der , Lärmbelastung, für die Einhaltung der Klimaziele, für eine Verkehrswende hin zur Schiene. Und mit Sicherheit sind auch die Bürger und Bürgerinnen, die sich gegen Windkraftanlagen, Rad-schnellwege oder ICE-Trassen in ihrem lokalen Bereich einsetzen, für etwas, zum Beispiel für den Erhalt von Wäldern, von Gärten, für Lärmschutz usw.

Man muss nicht verboht sein, um zu erkennen, dass die Nordseeküste durch tausende Windräder, das Rheintal durch den Bahn- und Autoverkehr oder der Frankfurter Süden durch den Flughafen zerstört oder belastet sind. Wenn also Bürger und Bürgerinnen ihre (spärlichen) Rechte wahrnehmen, um Fehlentwicklungen zu verhindern, sollte das gerade der Politik nicht nur verständlich, sondern sogar „heilig“ sein. In meinen Augen ist der immer wieder zu hörende Ruf nach einer den Rechtsweg verkürzenden „Schnellspur“ im Baurecht ein eklatanter Angriff auf eine proklamierte Gemeinsamkeit oder Bürgerbeteiligung. Auch die hohe Quote der ablehnenden Stimmen zur Citybahn in Wiesbaden scheint mir letztlich nur nachzuweisen, dass sich die Planer und Planerinnen überhaupt erst mit einem „Gegner“ auseinandersetzen, wenn der Moment für eine Gemeinsamkeit verpasst ist. Dann allerdings ist das Geschrei groß!

Ist es nicht so, dass im Falle der Verkehrswende die AutobahngegnerInnen in Hessen mehr Grund haben, sich von einem hessischen grünen Wirtschaftsminister im Stich gelassen zu fühlen als umgekehrt?

Folkhart Funk, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/verkehrswende

Geringer Ehrgeiz

Olaf Scholz: „Wir können nachlegen“, FR-Politik vom 12. November

Der Zweckoptimismus von Olaf Scholz (SPD) greift zu kurz. Zum einen bestehen angesichts der gewaltigen Kostenlawine wie für das Kurzarbeitergeld erhebliche Zweifel, ob sich die Corona-Pandemie trotz historisch niedriger Zinsen am Ende wirklich so einfach nebenbei wie eine normale Konjunkturdelle bewältigen lässt. Zum anderen erfordert ein faires und gerechteres Steuersystem eine höhere Belastung von leistungslosem Einkommen wie z.B. durch Börsengeschäfte, wo der Finanzminister schon durch seinen mutlosen Entwurf für eine Finanztransaktionssteuer, wo die hochspekulativen Buchungen ausgeschlossen wurden, leider äußerst geringen Ehrgeiz zeigt. Deshalb muss hier noch gehörig nachgebessert werden, wenn die SPD im Bundestagswahlkampf glaubhaft als soziale Fortschrittsmotor auftreten möchte, zumal gerade die Cum-Ex-Deals noch einmal sehr deutlich gemacht haben, dass ein echter Werte- und Kulturwandel, bei dem sich ebenfalls Banken und Hedgefonds in Verantwortung für die Gesellschaft sehen, bis heute an den Finanzmärkten überhaupt nicht stattgefunden hat!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Diskussion: frblog.de/spd-rettung